Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telephon 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Zwingerstraße 21. Telephon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 117. | Dresden, Freitag den 22. Mai 1908. | 19. Jahrg.

Proletarierkrankheit.

Seit Jahren betreiben wir in Deutschland durch Gesetzgebung, Verwaltung und freie Hilfstätigkeit einen lebhaften Kampf gegen die Tuberkulose, die man als die eigentliche Proletarierkrankheit bezeichnen kann. Wir haben eine große Zahl von Lungenheilstätten, die gegründet worden sind teils von kommunalen Behörden, teils von Landesversicherungsanstalten, teils von Krankenkassen und Vereinen; wir haben Fürsorge- und Beratungsanstalten und daneben endlich eine große Zahl privater Sanatorien. Sie alle haben vielen Kranken Segen gebracht, aber der Lungentuberkulose nicht den Charakter einer Volksseuche zu nehmen vermocht. Wenn wir den Blick auf das Ganze richten, so erscheinen uns alle diese vielgerühmten Vorkehrungen doch eigentlich nur wie Schönheitspflästerchen auf dem siechen Leibe der Volksgemeinschaft. Ungünstige Ernährungsverhältnisse, die in erster Linie auf die agrarische Zollpolitik und die Preisverteuerung durch die Grenzsperren zurückzuführen sind, jammervolle Wohnungszustände und endlich die Gefahren der gewerblichen Arbeit liefern eine solche ungeheure Beförderung der Lungentuberkulose, daß die entgegenstrebenden Tendenzen im Rahmen des heute Geschehenden sich nicht durchsetzen können.

Diese Erkenntnis ist nicht von gestern und heute; weitblickende Aerzte, die den Mut haben, sich als unbequeme Mahner den jemals begünstigten Strömungen offizieller Wohlfahrtspflege entgegenzuwerfen, haben schon vor längerer Zeit auf die Notwendigkeit grundsätzlicher Aenderungen im Kampfe gegen den Würgengel des Proletariats aufmerksam gemacht. Eine lange Diskussion hat sich in ärztlichen Fachblättern und Vereinen in erster Linie an den Alarmruf des bekannten Sozialhygienikers Dr. Grotjahn geknüpft, der nachdrücklich vor Potemkinschen Dörfern bei der Tuberkulosebekämpfung warnte. Im Volke haben diese Erörterungen kaum mehr Echo gefunden als andere ärztliche Dispute über den Nutzen und Schaden gewisser Kuren und dergleichen. Jetzt kommt aber einer „von der anderen Seite“. Ein Proletarier, der selbst als Lungenschwindsüchtiger in den Lungenheilstätten gewohnt hat und nun seine Erfahrungen zum besten gibt (O. Thomas, Proletarierkrankheit und kranke Proletarier, ein Beitrag zur Hebung der Volksgesundheit, Frankfurt a. M., Verlag der Buchhandlung Volksstimme Preis 20 Pf.). Dr. Max Quarck hat seinem Büchelchen ein Begleitwort mitgegeben und darin mit Recht gesagt: „Die hiermit veröffentlichte Schrift eines lungenkrank gewesenen Arbeiters ist Kulturdokument und Kulturtat zugleich. Sie schildert nicht bloß und bringt Wohnungs-, Lohn-, Krankheits-, Heil- und Lebensverhältnisse deutscher Arbeiter zur Anschauung, wie sie sich im Blicke eines Proletariers spiegeln, der sie selbst mit durchkostete, sondern sie sucht auch den Weg aus dem Labyrinth von Elend, behandelt das Erlebte und Gesehene kritisch und zwar unter ungeschminktem Ausdruck der Empfindung, die solche Erfahrungen in einem Arbeitergemüt auslösen“. Eine Kulturtat ist das Heft in Wirklichkeit; das wird man schon erkennen, wenn wir mit wenigen flüchtigen Strichen seinen Inhalt andeuten, um dadurch unsre Leser zu einem recht eifrigen Studium zu veranlassen.

Thomas stammt aus Dresden. Hechtstraße 18, im Keller, in drei kleinen dunklen Räumen befand sich die Schuhmacherwerkstatt seines Vaters. Die feuchten Löcher, in denen selbst im Sommer das Wasser an den Wänden herunterlief, die von keinem Sonnenstrahl erhellte Dunkelheit, der Staub und der Pfeifenqualm des bei der Arbeit unablässig rauchenden Vaters legten den Grund zu der Lungenkrankheit des Kindes. Aber Thomas weiß sehr wohl, daß solche Wohnungszustände nichts absonderliches für Proletarierfamilien sind, ja daß es in anderen Behausungen vielleicht noch jammervoller aussieht. In Verbindung mit schlechten Ernährungs- und ungünstigen Arbeitsverhältnissen brachten ihn persönlich solche Zustände gar bald in die Lage, gegen sein Lungenleiden ernstlich Hilfe suchen zu müssen. Dabei hat er erfahren müssen: Die Lungenheilstätten beschränken sich darauf, Kranke im Anfangsstadium aufzunehmen, bei denen durch einen dreimonatigen Aufenthalt eine möglichst lang andauernde Arbeitsfähigkeit erzielt werden kann und die daher günstige Heilziffern in der Statistik liefern; gerade diejenigen Fälle, die der Pflege am dringendsten bedürftig wären und außerdem die größte Gefahr für ihre Umgebung bilden, bleiben ausgeschlossen, müssen wieder hinein in die Fabrik und in ihre enge dumpfe Wohnung. Daher wird mit den bisherigen Heilstätten nichts Durchgreifendes erzielt. Aber sie selbst sind nicht einmal für die leichter Erkrankten in der zweckmäßigsten Weise eingerichtet und ausgestaltet, außerdem viel zu wenig zahlreich. Was Thomas über schlechte Liegegelegenheiten, über mangelhafte Unterhaltung, über unrichtiges Benehmen der Aerzte usw. sagt, ist höchst beachtenswert; vor allem aber weist er mit Recht nachdrücklich darauf hin, daß die Unterbringung eines Familienvaters in einer Lungenheilstätte dann kaum von Nutzen ist, wenn nicht während dieser Zeit in ausgiebiger Weise für seine Familie gesorgt wird. Heute ist es so, daß Sorge und Aufregung um das Schicksal der oftmals während der Abwesenheit des Familienoberhauptes buchstäblich Hunger leidenden Familie den Kranken nicht zur Ruhe kommen lassen und die ganze Wirkung der Kur in Frage stellen können. Kommen dann die aus den Anstalten Entlassenen heim, dann suchen sie die aufgelaufenen Schulden der Familien möglichst rasch wieder abzuarbeiten, strengen sich auf das äußerste an und treiben dadurch ihre Gesundheit rasch wieder zum Bruch.

Auch daran wollen wir nicht vorübergehen, daß Thomas für leichte und geeignete gewerbliche Beschäftigung der Insassen von Lungenheilstätten eintritt, weil er sich dadurch einen günstigeren Verlauf des Heilungsprozesses verspricht. Auch diese seine Ansicht wird von namhaften Aerzten, z. B. von dem erwähnten Grotjahn in seinem wichtigen Buch: Ueber Krankenhauswesen und Heilstättenbewegung (Leipzig 1908, Verlag von Vogel) nachdrücklich unterstützt.

Die beste Sicherung gegen ein weiteres Fortschreiten der Lungentuberkulose und das kräftigste Mittel zu einer Verdrängung als Volksseuche sieht Thomas mit Recht in der Verwirklichung des zweiten Teiles des sozialdemokratischen Parteiprogramms: Achtstundentag, Verbot der Nachtarbeit, Mindestruhepausen, scharfe Gewerbeüberwachung und dergleichen mehr. Im einzelnen aber fordert er, daß nicht mehr wie bisher die weitaus meisten Aufnahmebedürftigen von den Heilstätten wegen Ueberfüllung oder wegen zu weitem Vorschreitens der Krankheit zurückgewiesen werden; die vielen Tausende von Schwerkranken müssen in eigenen Asylen untergebracht oder wenigstens mit staatlichem Zuschuß in gesunde Wohnungen gebracht werden. Ferner sollte ihnen eine kräftige Nahrung, genügend Wäsche und Heizmaterial zugestellt werden, da sie selbst nicht in der Lage sind, das durch eigener Hände Arbeit zu verdienen. Erst dann kann von einem wirklichen energischen Kampf gegen die Tuberkulose die Rede sein.

Thomas verkennt keineswegs den Segen, den schon die heute bestehenden Einrichtungen gebracht haben; er ist nicht ein hämischer Nörgler, sondern ein tapferer Vorkämpfer des Fortschrittes; wir wünschen, daß seine kleine Schrift wirklich epochemachend wirken möge.

Politische Uebersicht.

Die verschwundenen Kaiserbriefe.

Vergebens haben sich die Behörden bisher der Briefe zu versichern gesucht, die der in Untersuchungshaft befindliche Fürst Phili Eulenburg einst in seinen guten Tagen vom Kaiser Wilhelm II. erhalten hat. Der schlaue Liebenberger rechnet damit, daß er noch immer nicht ganz verloren ist, solange sich diese Briefe in seinem Besitze befinden; auf der anderen Seite aber sieht man eine Gefahr in dem Umstande, daß eines Tages, sei es zum Zwecke der Pression oder der Revanche, irgendwo im Auslande gedruckt zu lesen sein könnte, was Wilhelm II. seinem einstigen Freunde an politischen Geheimnissen anvertraut hat. Die Frage, wo die gesuchten Briefe zu finden sein könnten, beschäftigt naturgemäß auch die ausländische Presse recht lebhaft, und französische Blätter glaubten melden zu können, daß die gesamte Privatkorrespondenz Eulenburgs, soweit sie politisch bemerkenswerten Inhalt habe, beim württembergischen Gesandten am preußischen Hofe Freiherrn v. Varnbüler deponiert sei. Diese Nachricht wird nun dem Scherlschen Tag von zuständiger Seite, d. h. also wohl vom Freiherrn v. Varnbüler selbst, als durchaus unzutreffend bezeichnet. Es war auch zu unwahrscheinlich, daß ein zünftiger, im Amte befindlicher Diplomat so undiplomatisch sein könnte, diese Büchse der Pandora in sein Haus zu nehmen.

Nun kann das Rätselspiel und die nervöse Jagd nach Philis Briefschaften von neuem beginnen. Dem loyalen Untertan bleibt diese ganze Hatz freilich unverständlich; denn was kann denn Schlimmes und Gefährliches daran sein, wenn wirklich einmal ein Brief aus dem Besitze Philis zufälliger oder auch nicht ganz zufälliger Weise herauskommen sollte? Zumal, da Fürst Eulenburg ja beschworen hat, er habe sich von jedem Versuch politischer Einflußnahme auf den Kaiser ferngehalten! Außerdem sind diese Briefe zweifellos Privateigentum des fürstlichen Untersuchungsgefangenen, niemand hat das Recht, sie zu vernichten oder sie sonst irgendwie seinem Besitze zu entziehen. Glaub: man, einen Vertrauensbruch Philis befürchten zu müssen, so hätte man schon früher dem Kaiser Vorsicht in seinem Verkehr mit dem verdächtigen Manne empfehlen müssen. Jetzt aber ist alles dahin — Freundschaft — Briefe, nur Phili hat man sicher, und — wer weiß, wie bald — auch nicht mehr ihn!

Frankreich und die Marokkofrage.

Der mit dem französischen Ministerium des Aeußern in Verbindung stehende Petit Parisien schreibt: Man dürfe sich nicht verhehlen, daß die Ankunft Muley Hafids in Mekines in amtlichen Kreisen lebhafte Bewegung hervorgerufen habe. Man habe bisher auf Grund von Nachrichten, die aus Tanger und Rabat eintrafen, angenommen, daß der Gegensultan zerschmettert und der Sieg Abdul Asis' gewiß wäre. Heute stehe man vor der unbestreitbaren Tatsache, daß Muley Hafid die zweite und die dritte Hauptstadt besetzt habe, und daß er sich in jedem Augenblick auch der ersten Hauptstadt bemächtigen könne. „Wenn es ihm als Herrn von Fez und Mekines gelingt,“ heißt es weiter, „sich auch in Tanger zum Sultan ausrufen zu lassen, dann wird die Lage unentwirrbar, sofern man sich darauf versteift, Abdul Asis als einzigen Herrscher anzusehen, mit dem verhandelt werden kann.“ Das Problem, das nun vor der französischen Regierung auftaucht, wird gegenwärtig mit entsprechender Sorgfalt geprüft. Falls Muley Hafid in einem ausgedehnten Gebiete Marokkos entschieden Oberhand gewinnen sollte, müßte die französische Diplomatie, die die Unzulänglichkeit ihrer bisherigen Informationen bedauern würde, eine Aenderung ihrer Haltung ins Auge fassen. Die Aenderung kann sich in kurzer Zeit als notwendig erweisen. Die Frage werde zweifellos gleichzeitig in Paris, Madrid und Tanger geprüft werden. Es sei wohl der Augenblick gekommen, daran zu erinnern, daß die französische Regierung in der Kammer ihre „Neutralität zwischen beiden Sultanen“ betont, und daß Minister Pichon am 27. Januar d. J. in Beantwortung einer Interpellation erklärt hat, wenn Abdul Asis unterliege, dann werde Frankreich in der Lage sein, mit dem an Stelle Abdul Asis' tretenden Sultan in Frankreichs und in Europas Namen zu sprechen, gemäß dem Mandate, das Frankreich anvertraut sei.

*

Muley Hafids Erfolge.

Paris, 21. Mai. Nach einer Meldung des Temps begaben sich am 16. d. M. zahlreiche Notabeln der Stadt Fez nach Mekines zum Empfange Muley Hafids. In Fez sind zahlreiche Abordnungen der Stämme eingetroffen. Der Gouverneur von Mekines forderte die Einwohner, auch die Israeliten, auf, Muley Hafid vor den Toren der Stadt zu begrüßen.

Der Temps meldet aus Tanger, der Maghzen habe die Nachricht von dem Einzuge Muley Hafids in Mekines anscheinend „mit großer Ruhe“ aufgenommen, da er der Ueberzeugung sei, daß Muley Hafid, sobald die erste Begeisterung der Bevölkerung von Fez verflogen sei, auf große Schwierigkeiten stoßen werde, die seine Stellung unhaltbar machen würden.

Paris, 21. Mai. Aus Marrakesch wird vom 16. d. M. gemeldet, der Pascha der Stadt habe eine Mahalla ausgerüstet, um den Mtugi-Stamm zu zwingen, sich Muley Hafid anzuschließen. Er bewaffnete die Bewohner von Marrakesch, damit sie die Stadt gegen einen etwaigen Angriff der Soldaten Abdul Asis' verteidigen können.

*

In Marokko sollen **Uebergriffe der Franzosen gegen deutsche Schutzbefohlene** vorgekommen sein. Dazu wird aus Paris gemeldet: Die Frage des Verhaltens der französischen Behörden in Marokko gegen europäische Schutzbefohlene dürfte die Diplomatie in Tanger beschäftigen. Man glaubt, daß im Wege eines Protokolls die gegenwärtig bestehenden Unklarheiten zu beseitigen seien. In Tanger soll eine Liste aller Schutzbefohlenen aufgelegt werden. Man möchte dahin gelangen, vor der Ausfertigung neuer Schutzbriefe die Namen der Kandidaten in Tanger bekannt zu geben, um notorisch Unwürdige auszuschließen.

Deutsches Reich.

Vom preußischen Klassenwahlrecht.

Bei den Urwahlen am 3. Juni sind in Berlin 52 Urwahlbezirke vorhanden, in denen **in der ersten Abteilung nur ein einziger Wähler vorhanden ist.** In weiteren 77 Urwahlbezirken sind in der ersten Abteilung **zwei Urwähler** vorhanden. In drei Urwahlbezirken wird die zweite Abteilung, neben einem Einzelwähler der ersten Abteilung, **aus nur zwei Urwählern gebildet.** Der wohlhabendste Urwahlbezirk ist der 32., Teile der Charlotten-, Französischen, Friedrich-, Jäger- und Markgrafenstraße, **wo Ernst v. Mendelssohn-Bartholdy mit mehr als 291 813 M. Steuerleistung der einzige Wähler der ersten Klasse ist,** vier Wähler, von denen jeder mehr als 36 443 M. Steuern zahlt, zur zweiten Abteilung gehören, und 327 zum Teil sehr reiche Wähler die dritte Abteilung bilden. Das Gegenstück hierzu ist der 811. Wahlbezirk, der Teil der Kleinen Alexanderstraße, der Hirten- und Weidinger Straße umfaßt. Dort gibt schon eine Steuerleistung **von nur 32 M. jährlich drei Wählern das Recht, in der ersten Abteilung zu wählen;** 8 weitere Wähler, die bis herab auf 18 M. Steuern zahlen, bilden die zweite Abteilung, und 11 Wähler mit weniger als 18 M. Steuern die dritte Abteilung. Dieser Wahlbezirk ist nicht nur der ermste, sondern auch der kleinste. Andererseits zählt beispielsweise der 1003. Urwahlbezirk, der an Pankow grenzt, in der ersten Abteilung 165 Urwähler, die bis herab zu 74 M. Steuern zahlen, in der zweiten Abteilung 614 Urwähler mit einer Steuerleistung bis auf 12 M. herab und in der dritten Abteilung sogar nicht weniger als 1608 Urwähler. Sehr verschieden ist die Steuerleistung der 54 Einzelwähler in der ersten Abteilung. Während im 32. Urwahlbezirk erst ein Steuerbetrag von 291 813 M. das Recht gewährt, als einziger Wähler der ersten Abteilung zwei Wahlmänner zu ernennen, reicht im 506. Urwahlbezirk, Teile der Blumen- und Krautstraße, schon ein Steuerbetrag von mehr als 114 M. aus, um als einziger Wähler der ersten Abteilung zwei Wahlmänner zu wählen.

Ein wunderbares Wahlsystem!

„Reform“ der Fahrkartensteuer.

Von meist gut unterrichteter Seite wird der Voss. Ztg. zur Reform der Fahrkartensteuer geschrieben:

Es geht die Nachricht durch die Presse, die zur Zeit an den amtlichen Stellen schwebenden Erwägungen würden demnächst zu dem Ergebnis einer völligen Aufhebung der Fahrkartensteuer führen, nachdem von einigen Eisenbahnverwaltungen festgestellt worden sei, daß der durch die Steuer für die Eisenbahn erwachsende Ausfall ungefähr ebensoviel ausmache wie der Steuerertrag. Nach unserer Kenntnis sind bei den bisherigen Erörterungen Aufhebungsmaßnahmen überhaupt nicht erwogen, vielmehr weiter an den Gesichtspunkten festgehalten worden, die bereits der vorige Schatzsekretär für eine Reform der Steuer ins Auge gefaßt hatte. Dazu gehört vor allem, daß vollkommenere Unterlagen ab-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19080522/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG